

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|--|---|---|---|---|--|
| <p>1. Sofortmaßnahmen zur Linderung der akuten wirtschaftlichen Notsituation der Berufsbetreuer/innen und der Betreuungsvereine</p> <p>Die Vergütung von gesetzlichen Betreuer/innen soll erstmals seit zwölf Jahren angehoben werden – um 15 Prozent.</p> <p>Die Gesetzesinitiative des Bundes zur Erhöhung der Vergütung ist am 18.5.2017 im Bundestag endgültig beschlossen worden, mit den Stimmen aller Fraktionen - Regierungskoalition wie Opposition. Das Gesetz wurde auf der Bundesratssitzung am 7.7. nicht behandelt.</p> <p>Der BdB fordert</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass der Bundesrat dem Gesetzesbeschluss der Regierung folgt und die Umsetzung dieser ‚Sofortmaßnahme‘...noch in diesem Jahr möglich macht. | <p>Die CDU unterstützt für Forderung des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen ausdrücklich. Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat sich bereits Ende 2014 in einem Entschließungsantrag für eine Erhöhung der Vergütung eingesetzt. Dieses Anliegen wurde im Jahr 2016 von allen Fraktionen übernommen.</p> <p>Unverständlich ist für uns, dass sich die Landesregierung hieran nicht gehalten hat. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher bereits kurzfristig einen neuen Entschließungsantrag (Drucksache 17/8566) für eine schnelle Zustimmung im Bundesrat eingebracht, über den noch im Septemberplenum entschieden werden soll. Sollte dies nicht gelingen, werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Konstituierung des neuen Landtags einen neuen Anlauf starten.</p> | <p>Die SPD setzt sich für die Anpassung der Vergütung der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer ein. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz hierzu ist aus unserer Sicht schnellstmöglich durch den Bundesrat zu beschließen.</p> <p>Dementsprechend ist für uns die Zustimmung einer SPD-Landesregierung klar. Diese wird auch bei den anderen Ländern um Zustimmung werben.</p> | <p>Zweifelsfrei braucht eine gute qualifizierte Betreuung der Ihnen anvertrauten Betroffenen auch eine angemessene finanzielle Unterstützung. Dafür haben wir GRÜNE uns immer eingesetzt. Dementsprechend werden wir grundsätzlich Ihr Anliegen auch unterstützen. Und wir werden uns auch dafür einsetzen, dass möglichst zeitnah eine Erhöhung der Betreuervergütung beschlossen wird.</p> <p>Allerdings haben alle anderen Länder mehrfach signalisiert, erst dann zu entscheiden, wenn die vom BMJV in Auftrag gegebene Studie, auch zur Vergütung von Betreuern, vollständig vorliegt. Dies ist bisher nicht der Fall und deshalb haben wir uns auch nicht für eine Abstimmung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung im Bundesrat am 22.09.17 eingesetzt. Denn eine Niederlage wäre offenkundig gewesen und dann wäre der Gesetzentwurf vorläufig erledigt gewesen.</p> | <p>Die Arbeit der Berufsbetreuer/innen stellt einen wichtigen Baustein unseres sozialen Rechtsstaates dar. Wir Freie Demokraten sind uns dieser wichtigen Aufgabe der Berufsbetreuer/innen bewusst. Das Recht auf Selbstbestimmung hat einen unschätzbaren Wert. Die weitest mögliche Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens war von Anfang an Ziel des Betreuungsrechts.</p> <p>Ein verlässliches und wirksames Betreuungswesen schließt die erforderliche Änderung der Richtlinien für die Anerkennung von Betreuungsvereinen sowie für die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der ehrenamtlichen Betreuung mit ein: Insbesondere die Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine sind unterfinanziert. Deshalb ist es dringend erforderlich, die anerkannten Betreuungsvereine in die Lage zu versetzen, die Aufgaben, die ihnen nach § 1908 f Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches zukommen, auskömmlich</p> | <p>DIE LINKE unterstützt den Verband in seinen diesbezüglichen Forderungen voll und ganz. Sie hat sich im Bundestag bereits für die nun im Gesetzentwurf der Regierung verankerte Erhöhung der Betreuervergütung um 15 % eingesetzt.</p> <p>Wir werden uns im Landtag dafür einsetzen, dass die zukünftige Landesregierung sich im Bundesrat für dieses Anliegen einsetzt. Mit großem Bedauern haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Bundesrat den vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf nicht beraten hat und dieser damit der Diskontinuität anheimfällt, also mit Konstituierung des neuen Bundestages nicht weiter beraten werden kann.</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|---|--|---|--|---|--|
| | | | <p>Wenn der Gesetzesentwurf der derzeitigen Bundesregierung nicht am 22.09.2017 im Bundesrat abgestimmt wird, kann er noch zu einem späteren Zeitpunkt abgestimmt werden, weil der eingebrachte Gesetzesentwurf nicht der Diskontinuität zum Opfer fällt, da der Bundesrat die Diskontinuität nicht kennt.</p> | <p>zu finanzieren. Bei der künftigen Ausgestaltung der Finanzierung ist die Beratung rund um die Themen Vorsorgevollmachten, Vermögensvollmachten und Betreuungs- sowie Patientenverfügungen deutlich zu akzentuieren. Bei jeglicher Vergütungs- bzw. Finanzierungsdiskussion muss allerdings auch die allgemeine Wirtschaftslage und die Haushaltslage der Länder, die die Vergütungskosten zu tragen haben, berücksichtigt werden. In unterschiedlichen Bundesländern, wie beispielsweise Niedersachsen, haben wir Freie Demokraten uns für eine angemessene Finanzierung des Betreuungswesens eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.</p> | |
| <p>2. Berufszulassung verbindlich regeln Betreuer/in kann jeder und jede werden, denn derzeit gibt es keine Zulassungsregelung zum Beruf. Der BdB fordert - Ohne nachweisbare und für die Führung von Betreuungen</p> | <p>Die CDU steht diesen Forderungen des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen grundsätzlich positiv gegenüber. Gerade im so sensiblen Feld des Betreuungsrechts ist es sinnvoll, Qualitätskriterien zu</p> | <p>Bei professionellen Betreuerinnen und Betreuern wird eine SPD-Landesregierung Ausbildungsrichtlinien entwickeln und das Berufsbild regeln. Im Beschluss zur Bestellung von Berufsbetreuerinnen und -</p> | <p>Die Qualität der Arbeit der Berufsbetreuer*innen ist für uns GRÜNE wichtig und beschäftigt auch die gerichtliche Praxis sehr. Berufsbetreuer kann heutzutage grundsätzlich jeder werden. Die Qualität der</p> | <p>Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass eine zunehmende Akademisierung unterschiedlicher Berufsbilder nicht zwingend notwendig ist. Im Gegenteil, in vielen Bereichen erschwert die</p> | <p>DIE LINKE unterstützt die Forderung des BdB, die Berufszulassung verbindlich zu regeln. Gerade weil Berufsbetreuer meist keinen engen persönlichen Bezug zu den Betreuten haben, wie es bei Familienangehörigen der Fall ist, sollte eine</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|---|--|---|--|--|---|
| <p>nutzbare Fachkenntnisse dürfen neue Bewerber nicht mehr als Berufsbetreuer eingesetzt werden. Die Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), des Landkreis- und Städtetags und der Verbände des Betreuungswesens sollten mit einer Anwendungsverpflichtung versehen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - für bereits als Berufsbetreuer tätige Personen muss es Bestandsschutz geben; sie sollten auch die Möglichkeit erhalten, sich durch eine sogenannte Nachqualifizierung den neuen Bedingungen anzupassen - bei der Einordnung in die Vergütungsstufen des § 4 VBVG darf dabei nicht mehr alleine auf die Art der Ausbildung abgestellt werden, dabei müssen auch absolvierte Praktika und die Teilnahme an Schulungen berücksichtigt werden, - am Ende der Entwicklung soll eine gesetzliche Regelung der Berufszulassung (auf der Grundlage eines modularisierten Hochschulstudiums) und der Berufsausübung stehen - also ein Berufsgesetz. | <p>verankern und deren Nachvollziehbarkeit zu verbessern. Dies hilft nicht nur den Betroffenen, sondern sorgt auch dafür, dass zusätzliches Vertrauen in die Arbeit von Berufsbetreuern geschaffen wird.</p> <p>Wir werden gemeinsam mit dem Bundesverband der Berufsbetreuer/innen prüfen, wie Aus- und Weiterbildung auf ein stabiles Fundament gestellt und die daraus resultierenden Vergütungsfragen einvernehmlich geregelt werden können.</p> <p>Ob hierzu ein eigenes Berufsgesetz notwendig ist, hält die CDU gegenwärtig noch nicht für abschließend geklärt. Es ist unser Anspruch, zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.</p> <p>Daher werden wir vor Einleitung von Gesetzgebungsverfahren gründlich prüfen, ob auf anderem Wege eine vergleichbare Zielerreichung gewährleistet werden kann.</p> | <p>betreuern sollen Gerichte künftig ausführen, warum die benannte Betreuung ausgewählt wurde, dagegen ehrenamtliche Betreuung nicht in Betracht kommt. Qualifizierte Betreuung braucht gute Vergütung und einen unterstützenden Rahmen. Deshalb werden wir die bundesgesetzliche Anhebung der Betreuervergütung unterstützen und uns dafür engagieren, dass die Vergütungsanhebung den Betreuungsvereinen zugutekommt.</p> | <p>Betreuungsleistungen ist höchst unterschiedlich. Deshalb sollte eine bessere Qualifizierung, ggf. auch durch ein Hochschulstudium, die Regel werden. Die Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (B GüS), des Landkreis- und Städtetags und der Verbände des Betreuungswesens finden in Niedersachsen weitgehend Anwendung. Die Betreuungsstellen sind nach dem Betreuungsbehördengesetz verpflichtet, die Eignung der Betreuer eingehend zu überprüfen. Wir GRÜNE finden es sinnvoll die Empfehlungen der BAGüS als verpflichtende Standards festzulegen. Dafür werden wir uns an geeigneter Stelle einsetzen. Ob das Land befugt ist, hier gesetzliche Standards vorzuschreiben, muss geprüft werden.</p> | <p>Akademisierung den Berufseinstieg für junge Menschen. Dennoch sehen wir Freie Demokraten die Notwendigkeit für eine Qualitätssicherung in der professionellen Betreuung von Menschen.</p> <p>Darüber hinaus muss bei einer Professionalisierung berücksichtigt werden, dass sich eine interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppe vor einiger Zeit mit dieser Frage auseinander gesetzt hat. Hier wurde die Forderung nach einer weiteren Professionalisierung zurückgewiesen.</p> <p>Insbesondere würde eine solche Regelung dem gesetzlichen Vorrang der ehrenamtlichen Betreuung zuwiderlaufen, da eine Mindestqualifikation den Eindruck vermitteln würde, dass ein ehrenamtlich Betreuer eine Betreuung zweiter Klasse bietet.</p> <p>Darüber hinaus lasse sich die fachliche Eignung mit Blick auf die Verschiedenheit der Anforderungen nicht sinnvoll normieren. Der Richter entscheide vielmehr im Einzelfall, welcher Betreuer für den Betreuten geeignet sei. Dieses</p> | <p>qualifizierte und praxisorientierte Ausbildung die Betreuungsqualität sichern. DIE LINKE wird sich an entsprechenden parlamentarischen Initiativen beteiligen oder sie selbst ins Leben rufen sowie etwaige Gesetzesentwürfe mit der o.g. Zielrichtung aktiv unterstützen.</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|--|--|---|--|---|--|
| <p>3. Einführung eines neuen Vergütungssystems Mit der unter Punkt 1 beschriebenen Sofortmaßnahme ist das Überleben des Systems nur kurzfristig gesichert. Der BdB fordert Eine Strukturreform des gesamten Vergütungssystems in der nächsten Legislaturperiode (2017-2021), welche folgende Aspekte berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein einheitlicher Vergütungssatz, verbunden mit einheitlichen Qualifikations- und Zulassungsanforderungen an beruflich tätige Betreuer/innen. - Die bisherige nicht sachgerechte Differenzierung der Stundenansätze nach Aufenthaltsort und Vermögen der Klient/innen wird ersetzt durch ein System, das die Komplexität und Schwierigkeit des Falles abbildet (Fallgruppensystem). - Eine damit einhergehende angemessene Erhöhung der Stundenansätze (Anzahl abrechenbarer Stunden). - Eine Dynamisierungsregelung der Stundensätze zur regelmäßigen Anpassung an die Preissteigerung. | <p>Aus Sicht der CDU ist für die Gewährleistung eines ausgewogenen Vergütungssystems eine gründliche Evaluierung der Rahmenbedingungen unter enger Einbindung des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen notwendig. Es wäre daher nicht statthaft, bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine abschließende Bewertung der Forderungen zur Einführung eines neuen Vergütungssystems abzugeben. Auf den ersten Blick erscheinen die Forderungen grundsätzlich nachvollziehbar. Klar muss jedoch sein, dass sich die lange Phase ohne Anpassungen nach oben nicht wiederholen darf. Wie eine etwaige Dynamisierung der Stundensätze aussehen kann, werden wir gemeinsam erörtern.</p> | <p>Ihr Verband hat Recht mit seiner Forderung der Anpassung des Vergütungssystems. Ziel sollte ein System sein, das nicht erst alle 15 Jahre eine Anpassung erfährt. Eine Dynamisierung halten wir für angebracht. Details zu Stundensätzen oder Qualifikations- und Zulassungsanforderungen wären hierbei im Vorfeld zu klären. Eine SPD-Landesregierung wird hier das Gespräch mit den Verbänden suchen und prüfen, wie sich eine einvernehmliche Lösung gestalten lässt.</p> | <p>Grundsätzlich sind wir GRÜNE nicht nur für die Verbesserung der Qualifikation der Berufsbetreuer*innen, sondern auch für eine angemessene Vergütung unter Berücksichtigung von neu festgelegten Strukturen. Wie die Umsetzung beschlossen werden kann, hängt allerdings auch von dem abschließenden Untersuchungsbericht der vom BMJV in Auftrag gegeben Studie zur Qualität der rechtlichen Betreuung ab, die noch nicht vorliegt. Bisher liegt nur der 2. Zwischenbericht vor, der sich im Wesentlichen der Vergütungsstruktur widmen sollte. In der Studie hatten sich allerdings weniger als 0,9 % der Berufsbetreuer beteiligt, sodass Zweifel daran bestehen, ob die Datengrundlage ausreichend ist, um eine abschließende Entscheidung zu fällen. Diese Situation hat auch dazu geführt, dass einige Länder im Bundesrat dem Gesetzentwurf der</p> | <p>Nach zwölf Jahren ohne Veränderung ist die Forderung nach einer Vergütungserhöhung für uns Freie Demokraten nachvollziehbar.</p> | <p>DIE LINKE unterstützt auch die Forderung des BdB, ein neues sachgerechteres Vergütungssystem einzuführen und wird auch hier im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten aktiv an einer Umsetzung mitwirken.</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|---|---|---|--|---|--|
| | | | <p>Bundesregierung von der Tagesordnung genommen haben. Wir GRÜNE werden uns für ein zeitnah zu verabschiedendes Gesetz mit wesentlichen Verbesserungen einsetzen.</p> | | |
| <p>4. Professionalisierung des Berufs Betreuung Strukturelle Veränderungen im Betreuungsrecht in Richtung einer Professionalisierung sind notwendig, um der hohen Verantwortung gegenüber den betroffenen Menschen gerecht werden zu können. Der BdB fordert</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine Qualitätssicherung ist auf der Grundlage der beruflich erforderlichen Fachlichkeit verbindlich zu regeln. - Die Installierung einer beruflichen Selbstverwaltung (Berufskammer) auf Grundlage eines Berufsgesetzes ist anzustreben - Als erster (untergesetzlicher) Schritt sind bestehende Systeme (wie das BdB-Qualitätsregister) durch das BMJV und die entsprechenden Betreuungsbehörden und Gerichte zu empfehlen. | <p>Die CDU steht der Installierung einer Berufskammer eher skeptisch gegenüber. Aus unserer Sicht muss bei einer etwaigen Einführung sichergestellt werden, dass diese berufliche Selbstverwaltung einen echten Beitrag zur Stärkung der Berufsbetreuung leisten kann. Dies gilt besonders, wenn die Mitgliedschaft in der Kammer verpflichtend wird. Es wäre sinnvoller, die bestehenden Systeme der BdB-Qualitätsregister stärker zu nutzen und in diesem Rahmen Verbesserungen für Berufsbetreuer zu bewirken.</p> | <p>Die Zuständigkeiten für Betreuungsvereine und rechtliche Betreuung innerhalb der Landesregierung wollen wir prüfen und ggf. zusammenführen. Die Übernahme von beratenden Querschnittsaufgaben durch die Betreuungsvereine werden wir stärken. Betreuung darf nicht dem Markt überlassen werden, sondern muss im Rahmen der Subsidiarität gemeinwohlorientiert und flächendeckend angeboten werden. Einer Professionalisierung dieses Berufsfeldes werden wir uns in der nächsten Wahlperiode weiter annehmen und entsprechende Maßnahmen prüfen.</p> | <p>Wir GRÜNE halten den Weg von der „ersetzenden Entscheidungsfindung“ hin zur „unterstützenden Entscheidungsfindung“ für dringend notwendig. Das System sozialer Unterstützungen muss besser ausgebaut und ohne Barrieren zur Verfügung gestellt werden, letztendlich auch, um rechtliche Betreuung, die stets einen Grundrechtseingriff bedeutet, zugunsten einer selbstbestimmten Teilhabe zu verhindern. Dazu wird es notwendig sein, rechtliche Änderungen vorzunehmen, um das Betreuungswesens in dem System der „unterstützten Entscheidungsfindung“ mit professionellen Qualitätsstandards zu etablieren. Dazu ist ein hohes Maß an Qualitätssicherung notwendig. Ob hierzu die berufliche</p> | <p>Wenn, auf Basis einer repräsentativen Befragung, die Mehrheit der Berufsbetreuer für die Einrichtung einer Kammer als Instrument der beruflichen Selbstverwaltung stimmen, werden wir Freie Demokraten uns einer Debatte nicht verschließen. Grundsätzlich sind wir Freie Demokraten von der Notwendigkeit einer Verkammerung allerdings nicht restlos überzeugt und halten weitere Gespräche für angebracht. Eine freiwillige Mitgliedschaft wäre unserer Ansicht nach vorzugswürdig.</p> | <p>Die Installierung einer eigenen Berufskammer mag für die Qualitätssicherung zwar geeignet erscheinen, ist aber nach Auffassung DER LINKEN nicht erforderlich. Denn eine Qualitätssicherung kann auch ohne derartigen bürokratischen Mitteln gewahrt werden.</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|---|---|--|---|---|--|
| | | | Selbstverwaltung notwendig ist muss geprüft werden. Grundsätzlich unterstützen wir auch gesetzliche Änderungen, die den Willen und die Präferenzen der Menschen mit Behinderungen mit hoher Qualität fördert und respektiert. | | |
| <p>5. Zukunft der Betreuungsvereine sichern Mit der unter Punkt 1 beschriebenen Sofortmaßnahme ist das Überleben der in wirtschaftliche Not geratenen Betreuungsvereine nur kurzfristig gesichert. Der BdB fordert - Die Fördermittel der Länder müssen neu strukturiert und vereinheitlicht werden. Hierfür schlägt der BdB ein Dreistufenmodell vor, das eine Basisförderung, Leistungsvereinbarungen und ein Prämiensystem vorsieht.</p> | Die Betreuungsvereine sind unverzichtbar, was ihre Aufgabe angeht, ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer zu suchen, zu schulen und zu begleiten sowie durch Beratung zu Vorsorgevollmachten zur Betreuungsvermeidung beizutragen. Wir werden daher die Mittel für die Betreuungsvereine erhöhen. | Eine Anpassung der Landesfördermittel kann erst nach Abschluss der Untersuchungen und Regelung der Vergütung auf Bundesebene erfolgen. Eine SPD-Landesregierung wird sich daher für eine schnelle Regelung im Bund einsetzen und danach prüfen, wie die Landesfördermittel sinnvoll angepasst werden können. | Wir GRÜNE haben uns in dieser Wahlperiode bereits erfolgreich für eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Betreuungsvereine eingesetzt. Wir halten eine Neustrukturierung des Finanzierungskonzepts für Betreuungsvereine mit einer angemessenen weiteren Erhöhung der Finanzmittel angesichts der gestiegenen Anforderungen für notwendig und werden diese in der nächsten Wahlperiode fördern und unterstützen. Ob ein Dreistufenmodell mit einer Basisförderung, einer Leistungsvereinbarung und einem Prämiensystem den Bedürfnissen aller Betreuungsvereine gerecht wird, bleibt einer genaueren Prüfung vorbehalten. | Die Arbeit der Betreuungsvereine - die Stärkung des ehrenamtlichen Elementes in der rechtlichen Betreuung und die Beratung zu Vorsorgevollmachten - spart Kosten ein, die ausschließlich dem jeweiligen Landeshaushalt zugutekommen. Sollten in den nächsten Jahren Betreuungsvereine aufgeben müssen, weil ihre Tätigkeit nicht mehr finanzierbar ist, wird mit einem Anstieg der (Berufs-)Betreuungen und damit mit einer Kostensteigerung in den Justizhaushalten der Länder zu rechnen sein. Die Länder müssen sich daher gemeinsam eine auskömmliche Förderung der Querschnittsarbeit leisten und diese auf eine verlässliche Grundlage stellen. | Nach Auffassung DER LINKEN müssen insbesondere Betreuungsvereine von Länderseite besser und sicherer finanziell unterstützt werden. Hinsichtlich des 3-Stufen-Modells besteht jedoch noch Abstimmungsbedarf. |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|---|---|---|--|--|---|
| | | | | Viele Vereine arbeiten inzwischen bei der Betreuungsführung durch berufliche Mitarbeiter defizitär. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist zu prüfen, ob eine Anpassung der Vergütungspauschalen der | |
| <p>6. Fortsetzung Qualitätsdebatte Fragen: Welche Punkte des Aktionsplans beabsichtigen Sie umzusetzen? Werden Sie den Runden Tisch weiterführen, um die anstehende Qualitätsdebatte fortzusetzen?</p> | <p>Die Landesregierung hat in einer Antwort (Drs. 17/8070) auf eine Anfrage der CDU-Fraktion die Vorlage des Aktionsplans Betreuung für Mitte 2017 angekündigt. Bislang liegt uns dieser Aktionsplan nicht vor; er wurde unserer Kenntnis nach auch nicht veröffentlicht. Da uns die Ergebnisse nicht bekannt sind, können wir hierzu keine Aussage treffen. Die CDU hat aber großes Interesse an der Fortsetzung der Qualitätsdebatte und steht einer etwaigen Fortführung des Runden Tisches offen gegenüber.</p> | <p>Die SPD-Landesregierung der nun auslaufenden Legislaturperiode hat den Runden Tisch eingerichtet und zusammen mit diesem einen Aktionsplan entwickelt. Eine künftige SPD-Landesregierung wird hieran festhalten und den Aktionsplan stetig weiterentwickeln.</p> | <p>Der Aktionsplan wurde bisher noch nicht veröffentlicht und befindet sich in der Abstimmung des MJ und des MS. Ob es Punkte gäbe, die von uns GRÜNEN nicht mitgetragen werden könnten, lässt sich zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage nicht mit Sicherheit darstellen.</p> | <p>Der Aktionsplan des Runden Tisches „Betreuungsrecht“ hätte nach Angaben der Landesregierung (Drs.17/8070) Mitte des Jahres 2017 vorgelegt werden können. Bis dato wurden keine Ergebnisse präsentiert. Wir Freien Demokraten wollen selbstverständlich den Runden Tisch weiterführen, um die Qualitätsdebatte fortzusetzen.</p> | <p>DIE LINKE unterstützt die Zielrichtung des Aktionsplans, im Sinne der oben gegebenen Antworten die Qualitätssicherung in der rechtlichen Betreuung zu verbessern, über Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Neustrukturierung der Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure (Berufsbetreuer, Betreuungsvereine, Ministerien, Behörden, Gerichte) zu sprechen und unnötige Betreuungen zu vermeiden. Wichtigste Voraussetzung, auf Dauer ein qualitativ hochwertiges Betreuungswesen zu erhalten ist aus unserer Sicht aber eine bald mögliche Anpassung der Betreuungsumfangs und der Vergütung. Denn die Betreuung ist abhängig von erfahrenem, engagiertem und motiviertem Personal. Das wird sich auf Dauer nur</p> |

| Wahlprüfsteine BdB | CDU | SPD | Bündnis 90 /GRÜNE | FDP | Die Linke |
|--------------------|-----|-----|-------------------|-----|--|
| | | | | | erhalten und gewinnen lassen, wenn diese Anpassungen vorgenommen werden. Dafür werden wir uns im niedersächsischen Landtag wie auch im Bundestag weiter einsetzen. |
| Mein Fazit: | | | | | |